

# Global Zero: »Perhaps not in my Lifetime«<sup>1</sup>

ULRICH KÜHN

Die mit viel Elan und rhetorischer Verve gestartete Kampagne für eine nuklearwaffenfreie Welt – Global Zero – ist auf dem harten Boden der Realität angelangt. Nur gut zweieinhalb Jahre nach Barack Obamas Prager Erklärung zeigt sich, dass vielfältige Widerstände ein substanzielles und nachhaltiges Voranschreiten auf dem Weg zu Global Zero nicht nur maßgeblich verzögern, sondern teilweise sogar ad absurdum führen. Nicht umsonst verweist Obama stets auf den langfristigen Charakter der Initiative und mahnt zu Geduld und Beharrlichkeit (vgl. Obama 2009). Eine Reihe prominenter Wissenschaftler und politischer Kommentatoren bezweifelt jedoch grundsätzlich die Realisierbarkeit des ambitionierten Langzeitprojekts. Ist es deshalb an der Zeit, Global Zero vorzeitig zu Grabe zu tragen, wie von ihnen gefordert? Oder ist die gerade einsetzende Durststrecke in der nuklearen Abrüstung lediglich eine temporäre Atempause? Der vorliegende Artikel versucht eine vorläufige Zwischenbilanz. Drei Thesen stehen in seinem Mittelpunkt: (1) Eine Bilanz der bisherigen Ergebnisse nuklearer Abrüstung seit Prag fällt durchwachsen aus. Die Widerstände gegen Global Zero betreffen alle signifikanten Verhandlungsebenen. (2) Die nukleare Abrüstung erreicht eine Phase des Stillstands. Lediglich tentative und vorbereitende Schritte werden in den kommenden Jahren möglich sein. (3) Die öffentliche Kritik an Global Zero ist bisher wenig zielführend. Gefährlich wird sie, wenn unter ihrem Deckmantel die nukleare Grundordnung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) infrage gestellt wird.

---

1. Das vollständige Zitat aus Obamas Prag-Rede lautet: »So today, I state clearly and with conviction America's commitment to seek the peace and security of a world without nuclear weapons. This goal will not be reached quickly – perhaps not in my lifetime« (Obama 2009).

## Das bisher Erreichte und das nicht Erreichte

Nach einer Dekade des rüstungskontrollpolitischen Stillstands in den USA kam die Prager Rede des neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama am 5. April 2009 einem Paradigmenwechsel gleich. Neben bilateralen Abrüstungsschritten im amerikanisch-russischen Verhältnis kündigte Obama eine erneute Befassung des US-Senats mit dem Ziel der Ratifikation des umfassenden nuklearen Teststoppvertrags (CTBT) an. Auch werde sich seine Administration für einen Vertrag über ein Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Waffenzwecke (FMCT) einsetzen, so Obama. Das wichtigste Element der Obama-Agenda war aber zweifelsohne die Ankündigung, auf das Langzeitziel der Abschaffung aller Nuklearwaffen weltweit hinzuarbeiten. Global Zero, die Übernahme des 2007 von Henry Kissinger, Sam Nunn, William Perry und George Shultz ausgerufenen Ziels als politikleitende Vision, wurde in ihrer Ausrichtung an moralischen Grundsätzen einerseits und einer scheinbar realpolitischen Interessenabwägung andererseits zu einem Kernpunkt der außenpolitischen Agenda Obamas.<sup>2</sup> An ihrer Umsetzung muss sich der US-Präsident seitdem messen lassen.

Wie schwierig sich konkrete nukleare Abrüstungsbemühungen auch 20 Jahre nach Ende des Kalten Kriegs allein auf bilateraler Ebene gestalten, zeigte sich bereits in den langwierigen Verhandlungen zum New START-Vertrag. Im Gegensatz zu einer Reihe von Kommentatoren (vgl. exemplarisch Lichterman 2010) sollte man nicht leichtfertig der Versuchung erliegen, den rechtlich verbindlichen und verifizierbaren Vertrag vor dem Hintergrund der nicht adressierten Aspekte (konventionelle strategische Systeme, inoperative Sprengköpfe in Lagerung, zukünftige Modernisierungen, Raketenabwehrsysteme, substrategische Nuklearwaffen) als »Abrüstungsvertrag light« zu diskreditieren. Nach den unverbindlichen und nicht überprüfbaren Regelungen des 2003 in Kraft getretenen Strategic Offensive Reductions Treaty (SORT) bedeutet New START einen signifikanten Sicherheitszugewinn, besonders in der verifizierbaren Qualität des Vertrags. Viel wichtiger waren aber die politischen Signalwirkungen, die von New START ausgingen. Zum einen

2. Neben den erwähnten Zielen ist vor allem auch die internationale Sicherung nuklearer Materialien ein zentraler Bestandteil der Obama-Agenda. Die Ergebnisse dieser nicht direkt der »klassischen« Rüstungskontrolle zuzurechnenden Maßnahmen flossen nicht in die Analyse des vorliegenden Artikels mit ein.

gelang es Washington, Russland wieder in einen strategischen Sicherheitsdialog einzubinden. Nach der Unverbindlichkeit des SORT-Vertrags, der amerikanischen Aufkündigung des ABM-Vertrags und der Blockadehaltung der USA in der Frage der Ratifikation des 1999 adaptierten KSE-Vertrags (AKSE) war es wichtig und richtig, Moskau als gleichberechtigten Partner in der Rüstungskontrolle zurückzugewinnen. Seine größte Wirkung entfaltete der neue Vertrag jedoch mit Blick auf das multilaterale Rüstungskontrollregime des NVV. Im Sinne des Vertragsacquis unter Artikel VI (Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung) einigten sich die beiden Staaten, die noch immer für circa 95 Prozent aller verbliebenen Nuklearwaffen weltweit verantwortlich zeichnen, auf eine erneute Reduzierung ihrer Arsenale. Mit Blick auf die NVV-Überprüfungskonferenz im Mai 2010 hieß dies nichts Geringeres als eine vertragsgerechte Auslegung des Prinzips *pacta sunt servanda*. Wohl auch aus diesem Grund gelang es in New York, die Konferenz mit der erfolgreichen Annahme einer Abschlusserklärung und eines 64 Punkte umfassenden Aktionsplans zu beschließen (vgl. Final Document, Vol. I 2010). Konkret verpflichteten sich die NVV-Staaten dabei, an einem Berichtssystem über die nuklearen Potenziale der P5 (USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich) zu arbeiten, eine Konferenz über die Aufnahme von Gesprächen über die Errichtung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten im Jahr 2012 auf den Weg zu bringen und weitere nukleare Abrüstungsschritte unter Einbeziehung aller Waffentypen zu unternehmen. Besonders der letzte Punkt ist als direkte Aufforderung an die USA und Russland zu verstehen, sich des Problems der substrategischen Nuklearwaffen kürzerer Reichweite (SNW) anzunehmen.<sup>3</sup> Dies alles waren positive Schritte, besonders im Gegensatz zur NVV-Überprüfungskonferenz von 2005, als die Teilnehmer im Streit auseinander gingen und die nukleare Ordnungswirkung des Vertrags im Prinzip anzweifelten. Die ebenfalls kurz vor Beginn der Überprüfungskonferenz 2010 präsentierte US-amerikanische Nuclear Posture Review (NPR) unterstrich den neuen Ansatz. In ihr konkretisieren die USA ihre sogenannten »negativen Sicherheitsgarantien« bis zu der Versicherung, keine Nuklearwaffen oder die Androhung deren Einsatzes gegen einen Nicht-Nuklearwaffenstaat einzusetzen, gesetzt den Fall, dass dieser Staat

---

3. Die etwas kryptische Formulierung lautet: »(...) to reduce and eliminate all types of their nuclear weapons and encourages, in particular, those States with the largest nuclear arsenals to lead efforts in this regard.«

Mitglied des NVV und in Übereinstimmung mit dessen Regelungen sei. Darüber hinaus wiederholt Washington sein Bekenntnis zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt (vgl. Department of Defense 2010).

Die erste Hälfte des Jahres 2010 hatte somit binnen kürzester Zeit eine ganze Reihe substanzieller und begrüßenswerter Abrüstungsbemühungen gesehen. Es schien, als würde die Obama-Administration mit Siebenmeilenstiefeln durch den Hindernisparcours internationaler Rüstungskontrollpolitik stürmen wollen. Bereits gegen Ende des Jahres 2010 verlangsamte sich jedoch das anfangs atemberaubende Tempo. Nun wurde deutlich, dass altbekannte Widerstände ein qualitatives Voranbringen der rüstungskontrollpolitischen Agenda Obamas erschwerten und teilweise sogar unmöglich machten. Dies betraf die multilaterale, die bilateral amerikanisch-russische und die US-innenpolitische Verhandlungsebene.

Beginnen wir mit der Entwicklung auf der multilateralen Ebene. Zunächst blieb das im November 2010 präsentierte Strategische Konzept der NATO hinter den rüstungskontrollpolitischen Erwartungen vieler Analysten zurück (vgl. BASIC 2010). Im Gegensatz zur NPR der USA konnten sich die Allianzmitglieder nicht auf eine *no first use*-Option gegenüber Nicht-Nuklearwaffenstaaten durchringen. Besonders dem Insistieren Deutschlands ist es zu verdanken, dass immerhin ein ganzer Absatz zum Thema Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung in das Dokument einfluss (vgl. NATO 2010). Erstmals hat sich nun auch die Allianz entschlossen, die Voraussetzung für eine Welt ohne Nuklearwaffen zu schaffen. Gleichzeitig betont das Dokument an anderer Stelle: »As long as nuclear weapons exist, NATO will remain a nuclear alliance.« Dieser nur schwer zu überwindende inhärente Widerspruch gipfelt in der Absichtsbekundung, dass die Allianz mit Blick auf die noch immer in Europa verbliebenen substrategischen Nuklearwaffen ebenfalls die Voraussetzungen für weitere Reduzierungen in der Zukunft avisieren. Der Schwarze Peter liegt dabei – aus Sicht der Allianz – in Moskau. Das Ziel sei es, zunächst stärkere Transparenz für die größeren russischen Potenziale zu erreichen. Es bedarf wenig Vorstellungsvermögen, um die Widerstandskräfte gegen eine Diskussion über die Verringerung der substrategischen Arsenale innerhalb der Allianz zu identifizieren. Obwohl sich die schwarz-gelbe Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag eindeutig dem Ziel des Abzugs der verbliebenen rund 20 Nuklearwaffen auf bundesdeutschem Territorium verschrieben (vgl. CDU/CSU/FDP 2009) und dafür eine Initiative unter Einschluss der Benelux-Staaten und

Norwegens gestartet hatte (vgl. Asselborn et al. 2010), gelang es nicht, diese Position gegen das Beharrungsvermögen Frankreichs, der Türkei und einer Reihe osteuropäischer NATO-Staaten durchzusetzen. Wie eine konkrete Verringerung dieser militärisch obsoleten Gefechtsfeldwaffen<sup>4</sup> auch unter einem späteren Einschluss Frankreichs und Großbritanniens aussehen könnte, bleibt somit zunächst unklar. Der Verweis auf Russlands circa 2000 verbliebene Gefechtsfeldwaffen ist vor dem Hintergrund der vorhandenen Disparität zwar rein rechnerisch richtig, politisch könnte er aber ein nur schwer zu überwindendes Junktim bedeuten, wenn zukünftige Abrüstungsschritte der NATO exklusiv von reziproken Schritten Moskaus abhängig gemacht werden. Immerhin muss man der NATO anrechnen, dass sie sich im Zuge ihrer momentanen grundlegenden Überprüfung des eigenen Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs für die Schaffung eines genuinen Abrüstungsgremiums entschieden hat. Wie schwer der Verteidigungsallianz jedoch die Thematik der Rüstungskontrolle fällt, zeigt sich an der anhaltenden Debatte um dieses umständlich als Weapons of Mass Destruction Control and Disarmament Committee (WCDC) titulierte Gremium. Während Frankreich neben seiner grundsätzlich ablehnenden Haltung auf den temporären Charakter des Gremiums pocht, wünschen andere Staaten, darunter auch Deutschland und die USA, eine dauerhafte thematische Befassung der NATO. Konkrete Ergebnisse der Arbeit des WCDC liegen bisher jedenfalls noch nicht vor.

Was sich auf multilateraler Ebene, aber immerhin im Rahmen einer gemeinsamen Verteidigungs- und Wertegemeinschaft, bereits als äußerst schwieriges Unterfangen abzeichnete, fand seine negative Fortsetzung bei den Themen CTBT, FMCT und NVV-Folgeprozess. Wer gehofft hatte, dass allein die Absichtsbekundung der Obama-Administration zu einer Neubefassung und anschließenden Ratifikation des CTBT durch den US-Senat genügen würde, um die noch ausstehenden Ratifikationen der sogenannten Annex-2-Staaten<sup>5</sup> in Gang zu setzen, sah sich getäuscht. Lediglich das indonesische Parlament lässt in schöner Regelmäßigkeit verlauten, dass seine Ratifikation kurz bevorstehe und nur von adminis-

---

4. Auch der Rüstungskontrollbeauftragte des Weißen Hauses, Gary Samore, gab jüngst in einem Interview unumwunden zu, »whatever military mission they [SNW] serve could of course also be accomplished through the use of systems that are not tactical systems based in Europe« (Samore 2011).

5. Zum Inkrafttreten des CTBT fehlt noch immer die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch Ägypten, China, Indonesien, Iran, Israel, USA sowie die Zeichnung durch Indien, Nordkorea und Pakistan.

trativen Schwierigkeiten aufgehalten werde. Es scheint, als ob die betroffenen Parteien nach dem Motto »Wer sich zuerst bewegt, verliert« agieren. Letztlich werden die USA nicht umhin kommen, genau diesen proaktiven Schritt zu tun. Wie aussichtsreich diese Option jedoch ist, erscheint angesichts der Verweigerungshaltung weiter Teile der konservativen US-Senatsseite fraglich. Noch perspektivloser ist die Situation um ein FMCT-Verhandlungsmandat innerhalb der Genfer Abrüstungskonferenz. Seit über zehn Jahren ist dieses genuine Abrüstungsgremium in einem endlos erscheinenden Zwist zwischen Nuklearwaffenstaaten und Nicht-Nuklearwaffenstaaten gefangen. Wichtige Fortschritte im Bereich der Weltraum-Rüstungskontrolle oder der Aushandlung eines FMCT-Verhandlungsmandats harren somit ihrer Umsetzung. Besonders Pakistan beweist ein um das andere Mal, dass ein einzelner und in diesem Gremium weitestgehend isolierter Staat genügt, um mittels des Genfer Konsensprinzips die gesamte Konferenz dauerhaft zu blockieren. Mit deutlicher Ernüchterung stellte deshalb Obamas Nationaler Sicherheitsberater, Tom Donilon, bei der Carnegie International Nuclear Policy Conference am 29. März 2011 in Washington fest: »It is becoming increasingly doubtful that the Conference can achieve consensus to begin such negotiations« (Donilon 2011). Trotz des vor allem rhetorischen Engagements der USA und der mannigfachen Vorschläge aus der Zivilgesellschaft zur Überwindung des Stillstands (vgl. z. B. Caughley 2011) bewegt sich die Genfer Konferenz nicht einen Millimeter. Folgerichtig droht Washington nun damit, ein alternatives Forum mit der Befassung eines FMCT-Verhandlungsmandats zu beauftragen (vgl. Clinton 2011). Dabei wird es sich wohl weniger um die VN-Generalversammlung handeln, da Washington dort keine Mehrheit hinter sich weiß, als vielmehr um eine Koalition der Willigen. Wie erfolgversprechend dieser Weg ist, und was er in seiner finalen Konsequenz auch für das politische Gewicht der Genfer Abrüstungskonferenz bedeuten könnte, ist ebenfalls unklar.

Bleiben im multilateralen Bereich noch die selbstgesteckten Ziele der NVV-Überprüfungskonferenz 2010, von denen für diesen Aufsatz lediglich drei signifikante Themenkomplexe extrapoliert wurden. Punkt 21 des 2010 Aktionsplans ruft die fünf NVV-Nuklearwaffenstaaten auf, ein standardisiertes Berichtsformat als vertrauensbildende Maßnahme auszuarbeiten. Ein solches Berichtsformat würde zweifelsohne zu gesteigertem Vertrauen durch erhöhte Transparenz beitragen. Es könnte unter Einschluss der Aspekte möglicher Reduzierungen und des Status der Einsatzbereitschaft die Grundlage für weitere Abrüstungsschritte bilden. Die

jüngst veröffentlichte Erklärung der P<sub>5</sub> dazu ist jedoch ein ernüchterndes Zeugnis besitzstandswahrenden Verhaltens. Mit Hinweis auf dringende erforderliche Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen konnten sich die fünf lediglich dazu durchringen, die Arbeit an einem Glossar über Nukleardefinitionen fortzusetzen und eine entsprechende Arbeitsgruppe einzurichten (vgl. P<sub>5</sub> 2011), frei nach dem Leitspruch: »Wenn Du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis.« Die für 2012 avisierte Konferenz über die Errichtung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten war ein weiteres wichtiges Ergebnis der NVV-ÜK 2010. Gleichwohl zeigt sich auch hier, dass konkrete Ergebnisse – wenn überhaupt – wohl erst in sehr ferner Zukunft zu erwarten sind. Immerhin schafften es die beteiligten Staaten, Anfang Juli 2011 zu einem von der EU veranstalteten Expertenseminar in Brüssel zusammenzukommen. Warum die USA in letzter Minute die Teilnahme ihres Rüstungskontrollbeauftragten Gary Samore absagten und stattdessen mit einer von Beteiligten als inhaltsleer bezeichneten Erklärung aufwarteten, bleibt wohl das Geheimnis des Weißen Hauses. Fest steht, dass über ein Jahr nach den New Yorker Beschlüssen die drei verantwortlichen Depositarstaaten des NVV (USA, Großbritannien, Russland) weder einen Verhandlungsort noch einen Mediator für die Gespräche benannt haben. Die Zeit läuft dabei allen Beteiligten davon, und die Ungewissheiten, hervorgerufen durch die revolutionären Umwälzungen in der Region, tragen auch nicht zu einer Konkretisierung des politisch hoch brisanten Projekts bei. Es besteht somit die Gefahr, dass die gute Absicht der letzten NVV-ÜK an den tagespolitischen Realitäten scheitert. Ein letzter und für den NVV-Acquis enorm wichtiger Themenkomplex betrifft die Gefahr der Unterwanderung und letztlichen Aushöhlung des Regimes. Ohne Zweifel hat die Administration Obama unter Heranziehung fast aller potenzieller Partner und Maßnahmen versucht, eine neue Qualität des Dialogs mit dem Iran auf den Weg zu bringen. Diese Versuche haben nicht gefruchtet. Weder erhöhter Druck noch vermehrte Verhandlungsangebote haben Teheran von seinem intransparent betriebenen Nuklearprogramm abbringen können. Auch für Nordkorea gilt, dass die von Washington geforderte Umkehr vom Pfad des Nuklearwaffenbesitzes von Pjöngjang in den Wind geschlagen wird. Die Gefahr für die globale nukleare Ordnung liegt dabei auf der Hand. Beide Beispiele zeigen, dass trotz unterentwickelter Infrastrukturen und massiver Sanktionsmaßnahmen Nationalstaaten in der Lage sind – und wahrscheinlich weiterhin in der Lage sein werden –, Nuklearwaffen zu entwickeln. Die Regularien der

internationalen Gemeinschaft reichen scheinbar nicht aus, um das *Break out*-Potenzial dieser Staaten einzugrenzen. Damit wächst die Gefahr, dass die Beispiele Irans und Nordkoreas Schule machen und sich weitere Staaten nuklear bewaffnen. Die nukleare Ordnung würde damit zunächst in Schiefelage geraten und letztlich einem System ungehinderter Proliferation Platz machen. Vor dem Hintergrund einer solchen Dystopie noch ernsthaft von Global Zero zu sprechen, wäre eine groteske Fehleinschätzung der Realitäten.

Auf der bilateral amerikanisch-russischen Verhandlungsebene hat sich seit der Unterzeichnung des New START-Vertrags nichts mehr bewegt. Dies ist angesichts der Kürze der Zeit zunächst einmal nicht verwunderlich. Problematischer ist jedoch, dass mögliche zukünftige Schritte deutlich schwieriger zu realisieren sein werden. Dabei greifen vier Themenbereiche auf äußerst komplexe Art und Weise ineinander und behindern sich – teils von den Beteiligten gewollt – gegenseitig. Zunächst wären da die bereits im NATO-Rahmen diskutierten SNW. Das Übergewicht der russischen Seite bei diesen Relikten des Kalten Kriegs in Europa ist erdrückend. Auch aus diesem Grund hat der US-Senat im Zuge der Ratifikation von New START die eigene Regierung aufgefordert, schnellstmöglich Verhandlungen über diese Waffenkategorie mit Moskau zu beginnen. Vertreter der Russischen Föderation haben jedoch sehr deutlich gemacht, dass sie gar keinen Anlass sehen, zum jetzigen Zeitpunkt über SNW zu sprechen. Auf russischer Seite mischen sich in der Diskussion sowohl militärische, psychologische als auch machtpolitische Überlegungen. Vor dem Hintergrund der qualitativen und quantitativen Überlegenheit der NATO im konventionellen Bereich betrachtet Moskau seine SNW als militärische Rückversicherung – auch und gerade gegen die Stationierung eines umfassenden Raketenabwehrsystems der NATO in Europa. Dabei lauert die eigentliche Gefahr für das russische Staatsgebiet eher an der verletzlichen Südseite. Wie jedoch nukleare Gefechtsfeldwaffen gegen Terrorismus, Sezessionsbewegungen, Drogenschmuggel und organisierte Kriminalität im Bereich des Nord- und Südkaukasus Abschreckung garantieren sollen, bleibt von den strategischen Denkern des Kremls unbeantwortet. Stattdessen finden sich krude Hinweise auf eine mögliche Deeskalierungsqualität dieser Waffen im Falle eines konventionellen Angriffs auf russisches Gebiet (vgl. Zagorski 2011). Zwei Aspekte russischer Überlegungen sollten dagegen durchaus ernst genommen werden. Da wäre zunächst die potenzielle nukleare Bedrohung, die von einem immer stärker im Chaos versinkenden Pakistan



ausgehen könnte. Mit Argusaugen beobachtet Moskau die Entwicklung in der Region, gerade auch unter dem Aspekt des angekündigten amerikanischen Rückzugs aus Afghanistan. Des Weiteren gilt es für Moskau, seine lange und unkontrollierbare Grenze mit China zu sichern. Dem disparaten Potenzial an Menschen und Innovationen des Reichs der Mitte kann Russland nichts Vergleichbares entgegensetzen. Gleichzeitig hat Peking ein starkes Interesse an den Rohstoffreserven Sibiriens. Ob dieses Interesse auch zukünftig ohne den Einsatz möglicher Druckmittel vorgetragen wird, ist aus russischer Sicht nicht gesichert. Nicht ohne Grund verweisen chinesische Analysten vermehrt auf eine territoriale Verschiebung des Problems der SNW nach Osten, sollten sich NATO und Russland doch einigen. Momentan scheint es jedoch, als wolle Moskau das Problem zunächst aussitzen. Auf einer Abrüstungskonferenz im Juli in Berlin erklärte der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow lapidar: »Before engaging into any other joint disarmament endeavor we must assess the efficiency and viability of the New START« (Rjabkow 2011). Übersetzt heißt das so viel wie: »Wir warten erst einmal ab, wie sich die Diskussion um die Raketenabwehr entwickelt; verläuft diese in unserem Sinne, könnte man in einigen Jahren eventuell auch über SNW-Reduzierungen sprechen.« Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass neben den erwähnten Rohstoffen erst der umfangreiche Nuklearwaffenbesitz Russlands Großmachtstatus garantiert. Weder wirtschaftlich, politisch-sozial, auf kulturellem Gebiet noch in der Frage der Größe seiner Bevölkerung verdient Russland dieses Gütesiegel. Eine Reduzierung der eigenen Potenziale bedeutet nach dieser Lesart auch eine direkte Statusverringering.

Ein Hauptargument Moskaus in der Debatte um SNW sind mögliche negative Auswirkungen des im Aufbau befindlichen Raketenabwehrsystems der NATO. Die russische Führung befürchtet, dass am Ende der Entwicklung eine signifikante Einschränkung ihres strategischen Nukleardispositivs stehen könnte. Obwohl per definitionem ein multilaterales, weil im NATO-Rahmen zu etablierendes System, ist der European Phased Adaptive Approach (EPAA) in realiter ein amerikanisches System. Den europäischen NATO-Partnern fehlen schlicht und einfach das technische Know-how und die finanziellen Mittel für eine erfolgreiche Realisierung unter gleichen Partnern (vgl. Alwardt/Gils/Neuneck 2011). Das in Lissabon 2010 postulierte Angebot an die russische Seite, sich am Aufbau zu beteiligen, bietet dabei sowohl die Chance auf eine umfangreiche sicherheitspolitische Kooperation mit Russland als auch die Gefahr

möglicher negativer Rückkoppelungseffekte auf die Rüstungskontrolle. Das Vorpreschen des russischen Präsidenten Dimitrij Medwedjew in der Frage der Architektur der zukünftigen Raketenabwehr war dabei wenig hilfreich. Medwedjews sektoraler Ansatz – die Aufteilung des Zuständigkeitsbereichs in einen russischen und einen der NATO zugehörigen – mit einer eventuellen Zuständigkeit Moskaus für die Territorien einzelner östlicher NATO-Staaten (z.B. des Baltikums) ist für die NATO ein No Go. Dies ist historisch begründet nachvollziehbar. Die nächste Maximalforderung der russischen Seite war dann eine Versteifung auf die Position vertragsverbindlicher Zusagen. Ein gemeinsamer Vertrag solle rechtsverbindlich festlegen, dass die geplante Raketenabwehr nicht gegen die russischen Potenziale gerichtet sei, so Moskau. Für den Fall der nichtkooperativen Ausgestaltung drohte Medwedjew bereits mit einem neuen Wettrüsten (vgl. Pace 2011). Auch diese Forderung und die mit ihr verbundenen Drohungen sind für die USA und die NATO nicht hinnehmbar. Einerseits wäre die gewünschte vertragliche Regelung für die Raketenabwehr im US-Senat niemals mehrheitsfähig, andererseits kann die NATO Russland ein festgeschriebenes Vetorecht in dieser Frage nicht zubilligen. Ohne Frage sind die Einlassungen Medwedjews auch vor dem Hintergrund des beginnenden russischen Präsidentschaftswahlkampfs zu interpretieren. Gleichwohl sollten sich westliche Analysten davor hüten, die Drohungen Moskaus als reinen Bluff zu desavouieren. Für Moskau steht mit der Raketenabwehr viel auf dem Spiel. Noch bewegen sich die Zahlen möglicher Abfangraketen, stationiert auf Aegis-Kampfsystem-Schiffen, im Rahmen der Limits des ehemaligen ABM-Vertrags. Eine massive Aufstockung der Abfangkörper in den Phasen III und IV des EPAA in den kommenden Jahren könnte jedoch zu einer Teilentwertung des nuklearstrategischen russischen Potenzials führen.

Hinzu kommt die vermehrte Fähigkeit der amerikanischen Streitkräfte, punktgenaue Zerstörungen mittels ihres Prompt Global Strike-Systems zu garantieren. Diese ebenfalls auf ballistischen Flugkörpern montierten konventionellen Sprengköpfe stellen das momentane Lieblingskind des militärisch-industriellen Rüstungskomplexes in den USA dar. Während der Verhandlungen zu New START haben sich die russischen Unterhändler beim Versuch, diese Systeme mit in die Zählregeln einzubeziehen, an ihren amerikanischen Counterparts die Zähne ausgebissen. Auf Druck der russischen Seite betont jedoch die Präambel von New START den Einfluss von konventionell bestückten Interkontinentalraketen auf die strategische Stabilität. Im Zusammenspiel mit

der geplanten Raketenabwehr befürchten russische Militärs eine Einschränkung ihrer Zweitschlagsfähigkeit. Klar ist, dass bisher noch kein Rüstungskontrollregime die Frage der konventionellen strategischen Fähigkeiten adressiert. Von russischer Seite wird deshalb mit Blick auf einen möglichen New START-Folgevertrag bereits vehement die Einbeziehung dieser Systeme gefordert. Die noch in der Entwicklung befindlichen amerikanischen Boost-Glide-Systeme, auf denen Raketen mittels eines Schlittens auf eine nicht-ballistische Flugbahn befördert werden, könnten die zukünftige Diskussion nur weiter verkomplizieren, da sie ebenfalls unter kein vorhandenes Rüstungskontrollregime fallen würden.

Das Scheitern der Wiener Gespräche »zu 36« über eine Revitalisierung des KSE-Prozesses (Konventionelle Streitkräfte in Europa) bedeutete einen zusätzlichen Rückschlag. Obwohl formell ebenfalls ein multilaterales Regime, ist der 1990 unterzeichnete KSE-Vertrag noch immer nachhaltig vom Bilateralismus der USA und Russlands geprägt. Das beste Beispiel dafür ist die Wiederaufnahme der Gespräche, die nach fast 10-jährigem Stillstand auf Initiative Washingtons geschah und allein dem beschriebenen Paradigmenwechsel im Weißen Haus geschuldet ist. Obwohl Russland den Vertrag im Dezember 2007 einseitig suspendiert hatte, saß Moskau während der zehn Gesprächsrunden »zu 36« (also unter Einschluss der beitriftswilligen NATO-Staaten des Baltikums, Sloweniens, Kroatiens und Albaniens) selbstverständlich am Verhandlungstisch. Das Ziel war dabei einerseits die Wiedereinbindung Russlands in einen Dialog über Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen, andererseits sollte ein mögliches Verhandlungsmandat für den ehemaligen »Eckpfeiler europäischer Sicherheit« erreicht werden. Der 1999 bereits einmal angepasste KSE-Vertrag (AKSE) wurde von den NATO-Staaten aufgrund der noch immer in Teilen Moldaus und Georgiens stationierten russischen Truppenverbände nie ratifiziert. Auch AKSE ist inzwischen weitestgehend politisch und technologisch veraltet. Von russischer Seite wurde das bestehende und teils selbst verursachte Vakuum in der konventionellen Rüstungskontrolle stets als ein Hauptargument in der Diskussion um SNW und die geplante Raketenabwehr angeführt (vgl. Pincus 2011). NATO-Osterweiterung, konventionelle Überlegenheit der Allianz und unilaterales Handeln waren nach russischer Lesart ausschlaggebend für ein Festhalten Moskaus an seinen SNW. Weder die Initiative Washingtons noch der begleitende Diskurs innerhalb der OSZE über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur konnten indes verhindern, dass der Revitalisierungsversuch im Mai 2011 in einer vorläufigen Sackgasse

endete. Die Geschehnisse machen deutlich, dass Moskau das Interesse an konventioneller Rüstungskontrolle verloren hat. Zum Schluss wollte sich die russische Seite unter ihrem Verhandlungsführer Uljanow nicht einmal mehr auf gesprächsbegleitende temporäre Transparenzmaßnahmen als Geste des guten Willens einlassen. Da die ebenfalls in Wien verhandelte Modernisierung des Wiener Dokuments auch nicht vom Fleck kam, steht Europa nun erstmals seit Ende des Kalten Kriegs ohne ein funktionsfähiges konventionelles Rüstungskontrollregime da. Die negativen Auswirkungen für den sicherheitspolitischen »Korb« der immer stärker marginalisierten OSZE, unter deren Dach KSE verhandelt wurde, sind noch nicht absehbar.

Bleibt noch die inneramerikanische Verhandlungsebene. Der Show-down zwischen Administration und US-Senat um die Ratifizierung des New START-Abkommens Ende 2010 erinnerte in seinem teils schrillen Duktus an längst vergessen geglaubte Debatten des Kalten Kriegs. Vereinzelte konnte man den Eindruck gewinnen, es gehe um nichts Geringeres als das nationale Überleben der USA. Dabei stechen besonders zwei Aspekte hervor. Einerseits machten weite Teile der konservativen Seite des Senats überdeutlich, dass sie Abrüstung und Rüstungskontrolle a priori als eine Einschränkung der nationalen Souveränität der USA verstehen und folglich ablehnen. Dieser Umstand lässt zukünftige Rüstungskontrollschritte, die einer Ratifikation des Senats bedürfen, in einem äußerst zweifelhaften Licht dastehen. Eine mögliche zweite Befassung der obersten legislativen Kammer mit einer Ratifizierung des CTBT – vorausgesetzt, dass Präsident Obama ein zweites Mal gewählt werden sollte – trifft bereits jetzt auf die altbekannte Ablehnung der Republikaner. Nicht umsonst hat die US-Rüstungskontrollbeauftragte Rose Gottemoeller mehrfach vorsorglich deutlich gemacht, dass eine Wiedereinbringung in den Senat nur erfolgen werde, wenn man absolut sicher sei, dass eine CTBT-Ratifikation auch eine Mehrheit bekommen würde.<sup>6</sup> Der zweite Aspekt hängt eng mit der Verweigerungshaltung der Republikanischen Partei zusammen. Genau wie sein demokratischer Amtsvorgänger Bill Clinton entschied sich Obama im Zuge der New START-Ratifikation für eine Taktik des *do ut des*. Folgerichtig »erkaufte« Obama die Stimmen einzelner Senatoren mit einem umfassenden Modernisierungspaket für den nuklear-militärischen Rüstungskomplex in Höhe von 80 Milliarden Dollar (vgl. The White House 2010). Der Umstand dieser Entscheidung

---

6. So Gottemoeller zuletzt auf der 59. Pugwash-Konferenz am 2. Juli 2011 in Berlin.

an sich ist noch nicht verdammenswert, da er lediglich einer realistischen Abwägung des politisch Wünschenswerten und des letztlich Machbaren geschuldet ist. Auch ist noch gar nicht abzusehen, wie sich die massive Verschuldung der USA auf die getätigten Zusagen auswirken wird. Was jedoch zum kritischen Nachdenken anregen sollte, ist der enorme finanzielle Umfang und die zehnjährige Laufzeit des Modernisierungsprogramms. Unverblümt gab der ehemalige Chef der National Nuclear Security Administration, Botschafter Linton Brooks zu Protokoll: »I'd have killed for that budget« (Brooks et al. 2010). Gerade vor dem Hintergrund der Global-Zero-Rhetorik darf die Frage erlaubt sein, wie ein bis 2020 sukzessiv anwachsendes Wartungs- und Modernisierungsprogramm für das amerikanische Nuklearwaffendispositiv sich mit den ebenfalls langfristig angelegten Abrüstungsbemühungen Obamas wirklich verträgt. Bedeutet Abrüstung unter Obama etwa lediglich eine quantitative Reduzierung des eigenen Potenzials bei gleichzeitigem qualitativem Ausbau?<sup>7</sup> Auch sollte man sich fragen, wie teuer wohl zukünftige Abrüstungsdeals werden. Ein warnendes Beispiel bietet der erste Versuch der Administration Clinton, den CTBT durch den Senat zu bringen. Auch damals flossen Milliarden Dollar in neue nukleare Forschungseinrichtungen. Das Ergebnis ist bekannt: Der Senat verweigerte trotzdem seine Zustimmung. Letztlich stellt sich also die Frage, wie teuer ein Abrüstungsabkommen wirklich sein darf. Da eine offene Beantwortung dieser Frage von offizieller Seite nicht zu erwarten ist, gilt es an dieser Stelle umso mehr, für die Zivilgesellschaft aktiv zu werden. Die Erörterung der langfristigen finanziellen Aspekte nuklearer Abrüstungsdeals in den USA kam bisher, vor allem in der deutschen Wissenschaftslandschaft, deutlich zu kurz.

Mit ihren Modernisierungsplänen steht die amerikanische Administration jedoch nicht alleine da. Auch Großbritannien investiert in sein nukleares Abschreckungspotenzial. 2016 soll die Entscheidung über vier neue Nuklear-U-Boote fallen. Deren Preis würde sich auf ca. 30 bis 42 Milliarden US-Dollar belaufen (vgl. Nuclear Threat Initiative 2011b). Gleichzeitig arbeitet Indien an der Komplettierung seiner nuklearen

---

7. Eine momentan in der Ausarbeitung befindliche Studie des Pentagon soll die Möglichkeit der weiteren Reduzierung des US-Nuklearwaffendispositivs evaluieren. In einer ersten Reaktion sprachen sich 41 republikanische Senatoren in einem Brief an Obama gegen die Studie aus. Die Ergebnisse der von Präsident Obama in Auftrag gegebenen Studie sind nicht vor Ende 2011 zu erwarten (vgl. Nuclear Threat Initiative 2011a).

Triade. Für 2012 erhoffen sich die indischen Militärs die volle Einsatzbereitschaft ihrer nuklearen Truppen zu Lande, zu Wasser und in der Luft (vgl. Nuclear Threat Initiative 2011c). Und auch Pakistan will diesen Anstrengungen in nichts nachstehen. Aktuelle Schätzungen sprechen von mehr als 110 operativ einsatzbereiten Nuklearwaffen auf dem Gebiet dieses *failing state* (vgl. ebd.).

## Die kommenden Jahre

Die Aussichten für weitere nukleare Abrüstung in den kommenden zwei bis drei Jahren sind schlecht. Noch immer finden sich für die Nuklearwaffenstaaten und solche, die den Besitz dieser Waffen anstreben, genügend Argumente für eine Besitzstandswahrung oder den Ausbau der eigenen Fähigkeiten. Spätestens seit der Ratifikation des New START-Vertrags haben sich auch die Vertreter der Obama-Administration auf rhetorische Allgemeinplätze zurückgezogen. Erst deutlich nach den Präsidentschaftswahlkämpfen in den USA und Russland könnte sich ein erneutes Zeitfenster öffnen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Zivilgesellschaft und die mit ihr verbundene Wissenschaft ebenfalls in einen Dornröschenschlaf verfallen muss. Vielmehr gilt es gerade jetzt, mit vorwärtsgewandten Konzepten die Machbarkeit weiterer nuklearer Abrüstung zu beweisen. Im Folgenden werden drei mögliche Bereiche skizziert.

Die Diskussion um die noch immer in Europa stationierten SNW krankt vor allem an der quantitativen Disparität der Arsenale und an mangelnder Transparenz. Zwar sind die Zahlen der in Europa stationierten amerikanischen Systeme (ca. 200) weitestgehend bekannt; für die russische Seite liegen jedoch nur grobe Schätzungen vor (ca. 2000). Um die potenzielle Gefahr, die von diesen äußerst mobilen Waffen ausgeht, zu minimieren, bieten sich unilaterale, aber dennoch abgestimmte Transparenzmaßnahmen an. Diese gab es bereits Anfang der 1990er Jahre zwischen den USA und Russland im Rahmen der sogenannten Presidential Nuclear Initiatives. Das Grundgerüst dieser später eingestellten Maßnahmen könnte ein möglicher Ausgangspunkt für weiterführende Überlegungen sein (vgl. Zagorski 2011). So könnten beispielsweise die Aspekte der Lagerung, der operativen Einsatzbereitschaft und der Frühwarnmechanismen Teile der Diskussion werden. Auch die komplizierte Frage eventueller Verifikationsmaßnahmen gilt es zu adressieren. Ein erster Transparenz-

vorschlag der Regierungen Polens, Norwegens, Deutschlands und der Niederlande empfiehlt den NATO-Russland-Rat als mögliches Forum und schlägt ein Expertenseminar für Anfang 2012 in Polen vor (vgl. Non-paper 2011). Der Vorteil eines zukünftigen unilateralen, aber abgestimmten Vorgehens der USA und Russlands liegt dabei eindeutig in der Umgehung der nationalen Legislativen. Der zweite kritische Aspekt der disparaten Arsenale könnte durch eine gemeinsame Obergrenze für strategische und taktische Waffen und die damit verbundene Freiheit, innerhalb dieser Obergrenzen einen individuell zugeschnittenen Mix zu haben, behoben werden (vgl. Samore 2011). Darüber hinaus wird es sich für die weitere Diskussion als zwingend erforderlich erweisen, russische Think Tanks noch enger einzubinden und sie in mühevoller Kleinarbeit für die Argumente der westlichen Seite empfänglich zu machen. Parallel dazu sollten Überlegungen angestellt werden, wie eine spätere Multilateralisierung des SNW-Abrüstungsprozesses unter Einbeziehung Frankreichs, Großbritanniens und vor allem Chinas praktisch aussehen könnte.

Das Scheitern der Wiener KSE-Gespräche muss nicht das finale Aus der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa sein. Vielmehr gilt es nun, die konzeptionellen Grundsteine eines zukünftigen Regimes, welches wahrscheinlich weniger an Obergrenzen als vielmehr an konkreten Transparenzmaßnahmen ausgerichtet sein wird, zu legen. Dabei eröffnen sich aus momentaner Sicht durchaus zwei Optionen. Einerseits könnten die Modernisierungsgespräche über das Wiener Dokument als eine Plattform für verstärkte Transparenz dienen. Andererseits – und dieser Weg wäre politisch deutlich heikler – könnte man die Befassung des Themas in einem zukünftigen Gremium zur konventionellen Rüstungskontrolle, ausschließlich zwischen NATO und Russland, diskutieren. Sollten sich die kostspieligen Raketenabwehrpläne der NATO doch noch in Luft auflösen, würde die in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund getretene konventionelle Rüstungskontrolle einen wichtigen Baustein zur kooperativen sicherheitspolitischen Einbindung Russlands darstellen.

Die für 2012 avisierte Konferenz über die Errichtung einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten wird selbst im Falle ihres Zustandekommens vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Ein sofortiges und alleiniges Herangehen an die Frage der in der Region befindlichen Nuklearwaffen ist wenig erfolgversprechend. Vielmehr sollten auch hier konventionelle Aspekte und mögliche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zuerst diskutiert werden. Anhand der zwischen 1992 und 1995 gesammelten Erfahrungen der Arms Control and



Regional Security in the Middle East Working Group (ACRS) könnten modernisierte Konzepte für einen umfassenden Sicherheitsansatz dabei den Boden für spätere Abrüstungsmaßnahmen bereiten. Trotz der momentanen Krise der europäischen konventionellen Rüstungskontrolle kann Europa hier einen wertvollen Beitrag leisten.

## Die öffentliche Kritik an Global Zero

Wie auch immer über die bereits zurückliegende kurze Phase der Revitalisierung internationaler nuklearer Abrüstungsbemühungen geurteilt werden wird, fest steht, dass Global Zero die Debatte nachhaltig beeinflusst hat. Für die einen beinhaltet das Bekenntnis zu Global Zero die – nun auch operativ vorangetriebene – Einsicht, dass Nuklearwaffen aufgrund ihrer unmenschlichen und unterschiedslosen Zerstörungskraft nicht einsetzbar und damit letztlich obsolet sind (vgl. Neuneck 2009). Auf der diametral liegenden Seite des Verständnisspektrums argumentieren vor allem sogenannte »Realisten«, dass die globale Null nicht nur eine Illusion, sondern vielmehr ein gefährlicher Trugschluss mit noch unabsehbaren Negativfolgen für die internationale Sicherheitspolitik sei (vgl. Hacke 2010; Joffe/Davis 2011; Karaganow 2011; Tertrais 2010).

So moniert beispielsweise der Politikwissenschaftler Christian Hacke, unter dem Banner von Global Zero habe eine »Dämonisierung der Nuklearwaffen und Idealisierung einer nuklearwaffenfreien Welt« stattgefunden (Hacke 2010: 101). Der Kalte Krieg sei zwar Geschichte, das stabilisierende Element dieser Weltordnung – Kernwaffen – garantiere jedoch auch in Zukunft Stabilität. Ihm unterläuft dabei ein weitverbreiteter Irrtum, der die Mechanismen von nuklearer Abschreckung und gesicherter gegenseitiger Vernichtung posthum als weitestgehend rational und in ihrer Gesamtheit als stabil darstellt. Diese Sichtweise ignoriert die Möglichkeiten eines menschlichen Irrtums, eines Versehens oder eines technischen Versagens. Nach 1945 sind nicht weniger als 30 Situationen bekannt geworden, in denen Politiker und Militärs den Einsatz von Kernwaffen konkret erwogen und diese in den Bereitschaftszustand versetzt hatten. »Keine Waffe schreckt den Gegner so sicher von Angriffen ab, weil es nie eine absolute Garantie geben wird, dass sie nicht eingesetzt wird«, so Hacke weiter (Hacke 2010: 103). Auch eine »neue« Ordnungsvorstellung, basierend auf »alten« Nuklearwaffen, beruht nach dieser



Interpretation immer auf der Ultima Ratio eines möglichen Einsatzes. Es ist jedoch gerade diese inhärente Ultima Ratio, die im Zusammenhang mit Hiroshima und Nagasaki laut Christian Hacke zu einem nachhaltigen Lerneffekt geführt hat. Hackes Logik dreht sich hier im Kreis: Er attestiert einen nuklearen Lerneffekt, der aber nur durch eine Bejahung von Nuklearwaffen möglich ist. Wo bleibt aber der Lerneffekt, wenn die Ultima Ratio des Kernwaffenbesitzes der mögliche Einsatz dieser Waffen ist? Davon abgesehen widersprechen einer linearen Lernfähigkeit die eskalierenden Abschreckungsstrategien des Kalten Kriegs. Der russische Publizist Sergej Karaganow geht in seiner Kritik an Global Zero schließlich sogar so weit, zu behaupten, dass Nuklearwaffen zivilisierend auf die internationalen Beziehungen wirken würden (vgl. Karaganow 2011). Und Bruno Tertrais springt ihm zur Seite und verweist auf den Kriegsverhinderungswert von Nuklearwaffen (vgl. Tertrais 2010: 126).

Vor dem Hintergrund der Nuklearprogramme Nordkoreas und Irans muss man sich fragen, wie ernsthaft der sogenannte »Realismus« dieser Global-Zero-Kritiker wirklich ist. Als Panazee gegen die zunehmende Proliferation und die damit steigende Gefahr eines Nuklearwaffeneinsatzes verweisen sie auf das »Goldene Kalb« der nuklearen Abschreckung. Seine Begründung zieht dieses Verständnis letztlich aus einem nicht abgeschlossenen historischen Prozess. Trotz massiver Aufrüstung und Krisenanfälligkeit während des Kalten Kriegs schreckten die Protagonisten doch immer vor einem Einsatz von Nuklearwaffen zurück. Dieser quasi-erzieherische Effekt werde sich auch in Zukunft fortsetzen, so die Hoffnung der Abschreckungsapologeten. Skurrilerweise ähnelt ihre Denkweise dabei sehr stark der von ihnen kritisierten »Vision« Obamas. Auch sie können die zukünftigen Wechselwirkungen aus Abschreckung und zunehmender Proliferation nur prognostizieren. Auch sie vertrauen auf den »gesunden Menschenverstand«, nur mit dem entscheidenden Unterschied, dass dieser die Beibehaltung von Nuklearwaffen befiehlt. Diese teils fatalistisch, teils anachronistische Weltsicht offenbart vor allem eines: tiefe Ratlosigkeit. Außerdem blendet sie die politischen und kulturellen Besonderheiten regionaler Proliferation fast völlig aus. Der Fall Irans ist hierfür beispielhaft. Scheinbare Sicherheit gegenüber dem Militärpotenzial der USA bedeutet gleichzeitig Sicherheit auf Kosten Dritter. Die Folge könnte ein regionaler Rüstungswettlauf sein. Vor dem Hintergrund der erheblichen Irrationalitäten in der Region allein auf die Mechanismen rationalen Erlernens nuklearer Verantwortung zu setzen, entspricht nicht einer realistischen Einschätzung der Lage. Ein jüngst

veröffentlichter Artikel von Amitai Etzioni verweist in diesem konkreten Zusammenhang auf die Gefahren »nichtrationalen Handelns«, so dieses einen tief verwurzelten religiösen Bezug aufweist. Völlig zu Recht schlussfolgert er, dass es klüger sei, »die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern, als zu lernen, mit Atomwaffen zu leben« (Etzioni 2011).

Statt sich aktiv an konzeptionellen Debatten über mögliche weitere Abrüstungsschritte zu beteiligen, haben sich einige konservative Kritiker in den Lehnstuhl des politischen Biedermeier zurückgezogen. Besonders gefährlich wird diese Haltung, wenn in ihrem Zuge die globale nukleare Ordnung in Form des NVV kleingeredet wird. Für Hacke ist es weniger der NVV als vielmehr der Verdienst der US-amerikanischen Abschreckung, über Jahrzehnte Proliferation eingedämmt zu haben (vgl. Hacke 2010: 103). Und Tertrais versteigt sich gar zu der rabulistischen Behauptung, Artikel VI des NVV solle nicht geradeheraus als simple Verpflichtung zur Abschaffung aller Nuklearwaffen interpretiert werden (vgl. Tertrais 2010: 126). Dabei vergessen die Autoren, dass in einer immer stärker globalisierten Welt bei gleichzeitiger Abnahme amerikanischen Einflusses, es *gerade* multilaterale Anstrengungen sind, die es zu stärken gilt. Kooperative Regime wie der NVV können aber nur dann als gerecht empfunden werden, wenn sich die Nuklearwaffenstaaten zu ihrem Versprechen der allgemeinen Abrüstung (Art. VI) bekennen und den Worten auch Taten folgen lassen. Allein deshalb besitzt Global Zero seinen Wert als Berufungsgrundlage.

Darüber hinaus erweist sich Global Zero als zukunftsleitende Idee vor dem Hintergrund verstärkter globaler Interdependenz. Drei Interdependenzfelder stehen in direktem Zusammenhang mit Global Zero: Klimaerwärmung, Ressourcenverknappung und »Energiehunger«. Für viele Länder mit noch ausbaufähigem Entwicklungspotenzial stellt die zivile Nutzung von Nuklearenergie eine erstrebenswerte Alternative zu klimaschädlichen fossilen Brennstoffen dar. Sowohl das NVV-Regime als auch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) unterstützen entsprechende Anstrengungen. Gleichwohl steigt mit der Zunahme der zivilen Nutzung auch die Gefahr klandestin betriebener Waffenprogramme oder der Ausbau der Option für nukleare Waffen. Hinzu kommt, dass wohl nicht jeder zukünftige zivile Atommeiler europäischen Sicherheitsstandards entsprechen wird. Fukushima hat uns gelehrt, dass selbst scheinbar weit entwickelte Industrienationen die Nuklearenergiegewinnung nicht vollständig kontrollieren können.

Hinzu kommt, dass kriminelle und terroristische Netzwerke versuchen könnten, diese Schwachstellen auszunutzen. Schon allein deshalb gilt es, den NVV zu stärken, insbesondere die Universalisierung des Zusatzprotokolls voranzutreiben. Dies kann jedoch glaubwürdig nur im Einklang mit NVV-Artikel VI geschehen. Global Zero, Proliferation, NVV, zunehmender »Energiehunger« und Klimaerwärmung stellen vernetzte Politikfelder dar. Global Zero lenkt also nicht von dringlichen Aufgaben ab, wie von Hacke fälschlich kritisiert, es lenkt vielmehr den Blick auf die komplexen Handlungszusammenhänge.

Die öffentliche Kritik an Global Zero erweist sich bei näherer Betrachtung als wenig durchdacht und nicht zielführend. Es fehlt ihr vor allem an einem glaubwürdigen Gegenentwurf. Berechtigt ist sie in ihrer Funktion als argumentativer Ausgleich zu Übereifer und falschen Erwartungen. Ihre Aufgabe sollte sie darüber hinaus vor allem in der qualitativen, kritischen Hinterfragung internationaler Abrüstungsmaßnahmen sehen. Die erwähnte Aufstockung des Etats der amerikanischen Nuklearbehörde im Zusammenhang mit New START ist hier nur ein Beispiel. Konkrete Vorschläge zur weiteren Verringerung der weltweiten Arsenale, egal von welcher Seite des politischen Spektrums, werden auch zukünftig entscheidenden Einfluss auf die Diskussion haben. Barack Obama bietet mit Global Zero einen graduellen Prozess an, der weit in die Zukunft reicht und, wie er selber einräumt, wohl nicht mehr zu seinen Lebzeiten realisierbar sein wird. Helmut Schmidt hat einmal solche politischen »Visionen« verächtlich als potenzielle Krankheit verunglimpft. Seine heutige Beteiligung am Ziel der Abschaffung aller Nuklearwaffen zeigt nur, dass Realismus gepaart mit einem gewissen Maß an Idealismus durchaus eine ganz eigene Wirkkraft entfalten kann.

## Schlusswort

Die Liste der noch ausstehenden Schritte auf dem Weg zu Global Zero ist lang, und die beschriebenen Widerstände sind vielfältig und komplex. Eine vorläufige Bewertung des bisher Erreichten muss, bei eingehender Analyse, zu dem Schluss kommen, dass sich die Idee der nuklearwaffenfreien Welt keineswegs binnen weniger Jahre in die einzelnen befassten Abrüstungsforen übertragen lässt. Dies gilt für die bilateral amerikanisch-russischen Beziehungen, für multilaterale Gremien und erst recht für die inneramerikanische Diskussion. Den Global-Zero-Befürwortern steht

ein langer und ermüdender Weg bevor. Bereits die kommenden Jahre werden nur wenig Zählbares liefern. Das heißt jedoch nicht, dass der Weg unmöglich ist. Die Alternative wäre ein (wahrscheinlich) quantitativ verringerter Fortbestand von Nuklearwaffen, verbunden mit der Hoffnung auf einen stets rationalen Umgang aller (zukünftig) Beteiligten. Aber was heißt hier eigentlich rational, und auf wen soll es zutreffen? Denkt man die scheinbar realistische multinukleare Welt der Global-Zero-Kritiker und ihr scheinbar gesteigertes Maß an Rationalität zu Ende, findet sich in ihrem Zentrum vor allem ein bestimmender Faktor: Irrationalität in Form von Unsicherheit. Unsicherheit über die Absichten der anderen und die eigene Sicherheit. Die vorprogrammierten Sicherheitsdilemmata und regionalen Rüstungswettläufe sind aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts bestens bekannt. Aus ihnen zu lernen bedeutet rationaler Realismus.

## Literatur

- Alwardt, Christian; Gils, Hans Christian und Götz Neuneck (2011): »Raketenabwehr in Europa: territorialer Schutz oder Hindernis für nukleare Abrüstung?«, in: IFSH et al. (Hrsg.): *Friedensgutachten 2011*. Hamburg: LIT Verlag.
- Asselborn, Jean et al. (2010): Brief an NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen vom 26.02.2010.
- BASIC, British American Security Information Council (2010): »Experts Call NATO Strategic Concept ›Missed Opportunity to Reduce Role of Obsolete Tactical Nukes from Europe‹«; <http://www.basicint.org/press/releases/2010/nato-strategic-concept> (aufgerufen am 27.07.2010).
- Brooks, Linton et al. (2010): »Understanding New Start and the Nuclear Posture Review«, Veranstaltung der Arms Control Association, Washington, D.C., 7. April 2010; <http://www.armscontrol.org/events/STARTandNPRBriefing> (aufgerufen am 27.07.2010).
- Caughley, Tim (2011): *Breaking the Ice in the Conference on Disarmament: A Wrap-up* (UNIDIR Ideas for Peace and Security).
- CDU/CSU/FDP (2009): Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, S. 120.
- Clinton, Hillary Rodham (2011): *Remarks at the Conference on Disarmament*, Geneva, Switzerland, February 28, 2011.
- Department of Defense (2010): *Nuclear Posture Review Report*.
- Donilon, Tom (2011): *The Prague Agenda: The Road Ahead*. Remarks as Prepared for Delivery by Tom Donilon, March 29, 2011.
- Etzioni, Amitai (2011): »Rational, irrational oder nichtrational?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (04.07.2011), S. 7.

- Final Document Volume I (2010), Review Conference of the Parties to the Treaty on the NonProliferation of Nuclear Weapons, NPT/CONF.2010/50 (Vol. I).
- Hacke, Christian (2010): »Abrüsten – aber mit Verstand. Eine Welt ganz ohne Atomwaffen ist nicht wünschenswert«, in: *Internationale Politik* September/Oktober, S. 101–07.
- Joffe, Josef und James W. Davis (2011): »Less Than Zero. Bursting the New Disarmament Bubble«, in: *Foreign Affairs* 90: 1, S. 7–13.
- Karaganow, Sergej (2011): »Should We Overcome Deterrence?«; <http://eng.globalaffairs.ru/pubcol/Should-We-Overcome-Deterrence-15192> (aufgerufen am 27.07.2010).
- Lichterman, Andrew (2010): *The START Treaty and Disarmament: a Dilemma in Search of a Debate* (Western States Legal Foundation Commentary).
- NATO (2010): *Active Engagement, Modern Defence. Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation*.
- Neuneck, Götz (2009): »Globalizing Nuclear Zero: Is a World without Nuclear Weapons Really Attainable?«, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 4, S. 46–64.
- Non-paper submitted by Poland, Norway, Germany and the Netherlands on increasing transparency and confidence with regard to tactical nuclear weapons in Europe, 14.04.2011; <http://www.fas.org/programs/ssp/nukes/nuclearweapons/nato-nonpaper041411.pdf> (aufgerufen am 27.07.2010).
- Nuclear Threat Initiative (2011a): »Pentagon Studying Additional Nuke Reductions«; [http://gsn.nti.org/gsn/nw\\_20110323\\_7185.php](http://gsn.nti.org/gsn/nw_20110323_7185.php) (aufgerufen am 27.07.2010).
- Nuclear Threat Initiative (2011b): »U.K. Moves Forward on New Nuke Subs«; [http://gsn.nti.org/gsn/nw\\_20110519\\_9562.php](http://gsn.nti.org/gsn/nw_20110519_9562.php) (aufgerufen am 27.07.2010).
- Nuclear Threat Initiative (2011c): »India Assesses Progress Toward Nuclear Triad«; [http://gsn.nti.org/gsn/nw\\_20110518\\_3561.php](http://gsn.nti.org/gsn/nw_20110518_3561.php) (aufgerufen am 27.07.2010).
- Obama, Barack (2009): Remarks by President Barack Obama, Hradčany Square, Prague, Czech Republic, April 5, 2009; <http://prague.usembassy.gov/obama.html> (aufgerufen am 27.07.2010).
- Pace, Julie (2011): »Obama-Medvedev meeting shows continued mistrust«; <http://www.washingtontimes.com/news/2011/may/26/obama-us-russia-work-missile-defense/> (aufgerufen am 27.07.2010).
- P5 (2011): First P5 Follow-Up Meeting to the NPT Review Conference, Paris, June 30<sup>th</sup> – July 1<sup>st</sup>, 2011, Final Joint Press Statement.
- Pincus, Walter (2011): »Russia's Ryabkov on U.S.-Russia relations: »We can offer tangible results, and we will do more in the future««, in: *Washington Post* (February 1, 2011), S. A17.
- Rjabkow, Sergej (2011): *US-Russian Nuclear Disarmament: Current Record and Possible Further Steps*. Talk delivered at the 59th Pugwash Conference in Berlin, 1 July 2011; [http://www.pugwash.org/reports/pic/59/59\\_documents/PLEN.Ryabkov.pdf](http://www.pugwash.org/reports/pic/59/59_documents/PLEN.Ryabkov.pdf) (aufgerufen am 27.07.2010).
- Sagan, Scott D. (1993): *The Limits of Safety. Organizations, Accidents, and Nuclear Weapons*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

- Samore, Gary (2011): »Pursuing the Prague Agenda: An Interview with White House Coordinator Gary Samore«; [http://www.armscontrol.org/act/2011\\_05/Samore](http://www.armscontrol.org/act/2011_05/Samore) (aufgerufen am 27.07.2010).
- Tertrais, Bruno (2010): »The Illogic of Zero«, in: *Washington Quarterly* 33: 2, S. 125–38.
- The White House (2010): »New START Treaty: Maintaining Strong Nuclear Deterrent«; <http://www.america.gov/st/texttrans-english/2010/May/20100514114003xjsn0mmiso.6300318.html> (aufgerufen am 27.07.2010).
- Zagorski, Andrei (2011): *Russia's Tactical Nuclear Weapons: Posture, Politics and Arms Control* (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 156), S. 24 ff.